

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/051(IV)/07			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Donnerstag, 07.06.2007	Ratssaal	14:00Uhr	19:00Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Beschlussprotokolle der Z003.(IV)/50.(IV). Sitzungen vom 26.04./10.05.07
- 4 Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5 Widerspruch des Oberbürgermeisters gegen den Beschluss des Stadtrates Nr. 1477-Z003(IV)07 vom 26.04.07

- 6 Beschlussfassung durch den Stadtrat
- 6.1 Jahresabschluss 2005 des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg (SFM) DS0105/07
BE: Bürgermeister
- 6.2 Jahresabschluss 2006 der Städtische Werke Magdeburg GmbH (SWM) DS0190/07
BE: Bürgermeister
- 6.3 Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlussprüfung 2006 der GISE-Gesellschaft für Innovation, Sanierung und Entsorgung mbH (GISE mbH) DS0203/07
BE: Bürgermeister
- 6.4 Öffentliche Auslegung des Entwurfs der 2. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 353-1 "Wanzleber Chaussee / Königstraße" (Birngarten) DS0047/07
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 6.5 Änderung Geltungsbereich und öffentliche Auslegung des Entwurfs zum vorhabenbezogenen B-Plan Nr. 126-2.1 "Betriebshof Abfallwirtschaftsbetrieb Marschweg 33 / Rothenseer Straße 77" DS0065/07
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 6.6 Einleitung der 12. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der Landeshauptstadt Magdeburg - Gemeinsames Industrie- und Gewerbegebiet mit der Gemeinde Sülzetal DS0090/07
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 6.7 Geltungsbereichsänderung und Änderung der Planziele des Aufstellungsbeschlusses zum B-Plan Nr. 341-2 "Brenneckestraße West" DS0137/07
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 6.8 Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 349-2 "Am Jungfernberg" DS0146/07
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 7 Einwohnerfragestunde
Gemäß § 27 Abs. 2 der Gemeindeordnung LSA führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.

8	Anfragen an die Verwaltung	
9	Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge	
9.1	Sturmschäden - Katastrophenschutz Fraktion Die Linkspartei.PDS WV v. 15.02.07 i.V. mit TOP 10.3 - I0109/07	A0031/07
9.1.1	Sturmschäden - Katastrophenschutz	S0085/07
9.2	Parkmöglichkeiten Gesellschaftshaus FDP - Fraktion WV v. 15.03.07	A0041/07
9.2.1	Parkmöglichkeiten Gesellschaftshaus	S0067/07
9.3	Lärmbelästigung Potsdamer Straße SPD - Fraktion WV v. 15.03.07	A0047/07
9.3.1	Lärmbelästigung Potsdamer Straße	S0070/07
9.4	Hauptstadtvertrag Ausschuss für Familie und Gleichstellung	A0091/07
9.5	Familienfreundliche Museen Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0092/07
9.6	Änderung des Verfahrens zur Wahl des Stadtschülerrates Fraktion future! - die jugendpartei	A0094/07
9.7	Ordnung und Sicherheit bei Stadtratssitzungen CDU -Fraktion	A0093/07

9.8	Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit CDU - Fraktion	A0100/07
9.9	Magdeburger Recht CDU - Fraktion	A0101/07
9.10	Aufwertung Ernst-Reuter-Allee Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0097/07
9.11	"CityBike" für Magdeburg Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0099/07
9.12	Mission Olympic FDP - Fraktion	A0102/07
9.13	Namensgebung für Städtische Volkshochschule FDP - Fraktion	A0103/07
9.14	Neuordnung der Verkehrsführung vor Sudenburger Postpartnerfiliale SR Oliver Müller Fraktion Die Linkspartei.PDS	A0104/07
10	Informationsvorlagen	
10.1	Ergebnis der Evaluierung von Betreuungsangeboten für einkommensschwache Menschen (Suppenküchen, Möbellager, Kleiderkammer etc.) WV v. 10.05.07	I0070/07
10.2	Urteil zur Verwaltungsrechtssache Wahlanfechtung	I0104/07
10.3	Sturm- und Hagelrisiko für städtische Gebäude	I0109/07
10.4	Mitfinanzierung der Soziokulturellen Zentren aus dem Jugend- und Sozialhilfe-Haushalt	I0110/07
10.5	Feierliches Gelöbnis der Bundeswehr	I0120/07

10.6	KfW-Förderprogramme für Kommunen - Antrag A0015/07/01	I0131/07
10.7	Anforderungen an den Denkmalschutz für das Schiffshebewerk	I0135/07
10.8	Konzept Sozialer Tag am 19.06.2007 in Magdeburg	I0148/07
10.9	Sachstand Schiffshebewerk	I0152/07

Nichtöffentliche Sitzung

11	Beschlussfassung durch den Stadtrat	
11.1	Unterhaltsreinigung, Glas- und Rahmenreinigung sowie Grundreinigung an den Schulen BE: Oberbürgermeister	DS0138/07
11.2	Verschmelzung der WGS auf die MWZ BE: Bürgermeister	DS0194/07
11.2.1	Verschmelzung der WGS auf die MWZ	DS0194/07/ 1
11.3	Städtebauförderprogramm Stadtumbau Ost (Aufwertung / Rückbau) BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0205/07
11.3.1	Städtebauförderprogramm Stadtumbau Ost (Aufwertung / Rückbau)	DS0205/07/ 1

CDU-Fraktion

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse
-

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge eröffnet die 51.(IV) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Ortsbürgermeister, Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1		
Zu Beginn anwesend	42	“	“
maximal anwesend	52		
entschuldigt	5		

Auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nimmt der Stadtrat durch feststellenden Beschluss zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 1494-51(IV)07

Stadtrat Herr Sören Herbst scheidet aus dem Ausschuss Rechnungsprüfung und Beteiligungscontrolling aus.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Hinweis:

Zum TOP 9.1 – I0070/07 findet auf Antrag der Fraktion Die Linkspartei.PDS eine Aussprache statt.

Die Tagesordnung wird vom Stadtrat einstimmig **bestätigt**.

3. Bestätigung der Beschlussprotokolle der Z003.(IV)/50.(IV).
Sitzungen vom 26.04./10.05.07

Beschlussprotokoll der Z003. (IV) Sitzung des Stadtrates am 26.04.2007

Redaktionelle Änderung der FDP-Fraktion:

Auf der Seite 4 muss es im vorletzten Absatz richtig heißen:

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Franke **spricht sich gegen** den Änderungsantrag A0126/07/62 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **aus**.

Redaktionelle Änderung der Fraktion Die Linkspartei.PDS :

Auf der Seite 28 muss es in der 2. Überschrift richtig heißen:

Änderungsantrag DS0126/07/65 der **Fraktion Die Linkspartei.PDS**

Redaktionelle Änderung der Verwaltung:

Auf der Seite 37 muss die Beschluss-Nr. richtig heißen:

Beschluss-Nr. **1477-Z003(IV)07**

Redaktionelle Änderungen der CDU-Fraktion:

Auf der Seite 3 muss es unter TOP 2 richtig heißen:

Antrag des Ausschusses **FuG**

Auf der Seite 16 ist im vorletzten Absatz „Änderungsanträge der CDU-Fraktion“ der letzte Änderungsantrag **DS0126/07/45 zu streichen**.

Redaktionelle Änderung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Auf der Seite 33 sind die ersten 3 Absätze zu streichen, da dies bereits auf der Seite 32 protokolliert ist.

Das redaktionell geänderte Beschlussprotokoll der Z003(IV) Sitzung des Stadtrates am 26.04.2007 wird einstimmig **bestätigt**.

Beschlussprotokoll der 50.(IV) Sitzung des Stadtrates am 10.05.2007

Redaktionelle Änderung der Fraktion Die Linkspartei.PDS :

Auf der Seite 15 muss es im 5. Absatz , 3. Zeile heißen:

aus dem heutigen Beschluss.....

Redaktionelle Änderung der CDU-Fraktion:

Auf der Seite 6 ist unter ,TOP 8.13 der Zusatz **Gesundheits- und Sozialausschuss** hinzuzufügen.

Auf der Seite 27 ist der letzte Satz zu streichen und auf der Seite 26 als erster Satz einzufügen.

Auf der Seite 34 muss es im 3. Absatz richtig heißen:

Stadtrat Ansorge, Vertreter der CDU-Fraktion in der **Gesellschafterversammlung**.....

Redaktionelle Änderung der Verwaltung:

Auf der Seite 26 muss es im letzten Absatz, 1. Zeile richtig heißen:

Der Leiter **FB 62** Herr Dr. Scheidemann.....

Auf der Seite 37 muss im Beschlusstext unter 8.6 der letzte Satz gestrichen werden.

Auf der Seite 40 muss es unter 8.13 1. und 3. Absatz richtig heißen:

...A0075/07

Das redaktionell geänderte Beschlussprotokoll der 50. (IV) Sitzung des Stadtrates am 10.05.2007 wird einstimmig **bestätigt**.

Persönliche Erklärung des Stadtrates Sven Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS

Stadtrat Sven Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS , gibt eine persönliche Erklärung ab.
(Anlage 1)

4. Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
-

Hierzu liegt eine schriftliche Tischinformation vor.

5. Widerspruch des Oberbürgermeisters gegen den Beschluss des Stadtrates Nr. 1477-Z003(IV)07 vom 26.04.07
-

Zur Beratung liegen vor:

- Änderungsantrag A0073/07/1 des Ausschusses Juhi
- Antrag A0073/07 des Ausschusses FuG

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper begründet den vorliegenden Widerspruch zum A0073/07 in der Fassung des Änderungsantrages A0073/07/1 TOP 4 der Stadtratssitzung am 26.04.2007 dahingehend, dass er vom Landesverwaltungsamt am 02.02.2007 durch eine Haushaltsverfügung angeordnet wurde, eine Haushaltssperre zu verhängen. Er weist darauf hin, dass juristisch die Freigabe des Magdeburg Passes als rechtswidrig gewertet wurde. Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper erklärt, auf der Grundlage der heute eingegangenen Genehmigungsverfügung des Landesverwaltungsamtes den Widerspruch als erledigt und kündigt die Aufhebung der Haushaltssperre ab dem 08.06.2007 an. Inhalt der Genehmigungsverfügung ist:

1. Die unter Ziffer 2 der Verfügung vom 02.02.2007 vom Landesverwaltungsamt zur Haushaltssatzung 2007 getroffene Anordnung zum Beschluss ergänzender Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen bedarf zu ihrer vollständigen Erfüllung der Konkretisierung des Stadtratsbeschlusses vom 26.04.2007.
2. Die unter Ziffer 3 der Verfügung vom 02.02.2007 des Landesverwaltungsamtes getroffene Anordnung zum Erlass einer Haushaltssperre wird unter der auflösenden Bedingung aufgehoben, dass konkretisierende Beschlussfassungen des Stadtrates zu den Konsolidierungsmaßnahmen Nr. 107, 109, 111, 112, 115 und 116 nicht bis spätestens zum 30.09.2007 nachgeholt werden.

Stadträtin Huhn, SPD-Fraktion, regt an, über das grundsätzliche Problem im Ausschuss KRB und in anderen Gesellschaften zu beraten, um neue Regelungen für eventuell wiederkehrende Situationen zu schaffen.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal legt kritisch seinen Standpunkt zum Widerspruch des Oberbürgermeisters dar.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning folgt den kritischen Anmerkungen des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal und spricht sich dafür aus, diese Problematik im Verwaltungsausschuss am 22.06.2007 zu thematisieren.

Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, unterstützt den Vorschlag, sich in verschiedenen Ausschüssen mit dem Thema „Magdeburg-Pass“ zu beschäftigen und verweist auf die Besonderheit des Passes als eine Art Ausweispapier für verschiedene Einrichtungen. Er merkt weiterhin an, dass der Magdeburg-Pass überhaupt keine finanziellen Auswirkungen auf die Stadt hat und regt ebenfalls an, eine vernünftige Regelung im Sinne der Betroffenen zu treffen.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz kann die in der Diskussion gemachten kritischen Ausführungen zwar nachvollziehen, bittet aber um Verständnis für seine rechtliche Empfehlung an den Oberbürgermeister, Widerspruch zum Beschluss Nr. 1477-Z003(IV)07 einzulegen. Er räumt abschließend ein, dass die durch die Stadt geschaffene Differenzierung zwischen Vorlage des Magdeburg-Passes in Kultureinrichtungen und Vorlage des AGL-II-Bescheides in anderen Einrichtungen tatsächlich ein Problem darstellt und in Zukunft beachtet werden muss.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper geht auf die kritischen Anmerkungen des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Frage der notwendigen Aufgaben der Stadt ein und begründet nochmals seine Vorgehensweise.

Der Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Bromberg dankt in diesem Zusammenhang der Verwaltung und dem Stadtrat für die Umsetzung der Auflagen durch das Landesverwaltungsamt und hinterfragt, warum es in anderen Städten einfacher geht. Er bittet abschließend darum, sich zügig mit allen haushaltsrelevanten Beschlüssen, die in diesem Jahr noch investiv umgesetzt werden sollen, in den Ausschüssen zu befassen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper geht klarstellend auf die Ausführungen des Vorsitzenden des Ausschusses FG Stadtrat Bromberg ein und hält fest, dass keine neue investiven Maßnahmen aufgenommen werden können, da die Kreditaufnahme nicht genehmigt worden ist.

Stadtrat Balzer, SPD-Fraktion, spricht sich für die Annahme des Änderungsantrages A0073/07/1 des Ausschusses Juhi aus und merkt an, dass er sich diesbezüglich eine Umsetzung im Rahmen des Ermessens des Oberbürgermeister Herrn Dr. Trümper gewünscht hätte. Er kann den vorliegenden Widerspruch des Oberbürgermeisters nicht nachvollziehen.

Im Rahmen der weiteren Diskussion nehmen Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linkspartei.PDS kritisch zum Vorgehen des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper Stellung.

Nach umfangreicher Diskussion stellt der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansoerge formell den Änderungsantrag A0073/07/1 des Ausschusses Juhi und des Antrages A0073/07 des Ausschusses FuG zur Abstimmung.

Gemäß Änderungsantrag A0073/07/1 des Ausschusses Juhi **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und zahlreichen Enthaltungen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den für die bedürftigen Bürgerinnen und Bürger dringend benötigten Magdeburg-Pass unverzüglich auszustellen.

Die Ausstellung des Magdeburg-Passes erfolgt während der Haushaltssperre ohne die Ermäßigungen für die MVB.

Gemäß Antrag A0073/07 des Ausschusses FuG **beschließt** der Stadtrat in der Fassung des Änderungsantrages A0073/07/1 des Ausschusses Juhi mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1495-51(IV)07

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den für die bedürftigen Bürgerinnen und Bürger dringend benötigten Magdeburg-Pass unverzüglich auszustellen.

Die Ausstellung des Magdeburg-Passes erfolgt während der Haushaltssperre ohne die Ermäßigungen für die MVB.

Die Sitzungsleitung übernimmt der 1. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Danicke.

6. Beschlussfassung durch den Stadtrat

6.1. Jahresabschluss 2005 des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg (SFM) DS0105/07

BE: Bürgermeister

Der BA SFM und der Ausschuss RPB empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1496-51(IV)07

Der Jahresabschluss 2005 des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg (SFM) auf den 31.12.2005 wird festgestellt:

1.	Feststellung des Jahresabschlusses	
1.1.	Bilanzsumme	20.910.564,80 EUR
1.1.1.	davon entfallen auf der Aktivseite auf	
	- das Anlagevermögen	15.032.759,78 EUR
	- das Umlaufvermögen	5.861.371,99 EUR
1.1.2.	davon entfallen auf der Passivseite auf	
	- das Eigenkapital	6.705.912,17 EUR
	- Rückstellungen	3.398.940,00 EUR
	- Verbindlichkeiten	4.968.497,58 EUR
1.2.	Jahresverlust	34.923,29 EUR
1.2.1.	Summe der Erträge	12.059.563,52 EUR
1.2.2.	Summe der Aufwendungen	12.094.486,81 EUR
2.	Behandlung des Jahresverlustes auf neue Rechnung vorzutragen	34.923,29 EUR
3.	Der Betriebsleiterin, Frau Simone Andruscheck, wird gemäß § 18 Eigenbetriebsgesetz Entlastung erteilt.	

- 6.2. Jahresabschluss 2006 der Städtische Werke Magdeburg GmbH DS0190/07
 (SWM)
 BE: Bürgermeister
-

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning, ob die Gewinne der SWM GmbH in den letzten Jahren für den Haushalt schon veranschlagt oder diese als zusätzliche Einnahme zu erwarten sind, erklärt der Leiter des FB 02 Herr Zimmermann, in Vertretung des Bürgermeisters, dass der Gewinn im Haushalt planmäßig eingestellt ist und keine Mehreinnahme darstellt.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1497-51(IV)07

1. Der Stadtrat nimmt den von der BDO Deutsche Warentreuhand AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2006 der SWM zur Kenntnis.
2. Der Gesellschaftervertreter der Landeshauptstadt Magdeburg in der Gesellschafterversammlung der SWM wird angewiesen:
 - den Jahresabschluss 2006 der SWM mit einer Bilanzsumme von 553.373 Tsd. EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 25.553 Tsd. EUR festzustellen,
 - den Jahresüberschuss in Höhe von 25.553 Tsd. EUR vollständig an die Gesellschafter im Verhältnis ihrer Anteile auszuschütten,
 - der Geschäftsführung sowie dem Aufsichtsrat der SWM für das Geschäftsjahr 2006 Entlastung zu erteilen,
 - den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht 2006 der SWM zur Kenntnis zu nehmen,
 - zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2007 die BDO Deutsche Warentreuhand Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, zu bestellen.

- 6.3. Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlussprüfung 2006 der GISE-Gesellschaft für Innovation, Sanierung und Entsorgung mbH (GISE mbH) DS0203/07
BE: Bürgermeister
-

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1498-51(IV)07

Die Beschlussfassung zum letzten Anstrich des Punktes 2 des Stadtratsbeschlusses zum Jahresabschluss 2005 der GISE-Gesellschaft für Innovation, Sanierung und Entsorgung mbH (GISE mbH) vom 07.09.2006 (Beschluss-Nr. 1125-37(IV)06) wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Die Gesellschaftervertreter in der Gesellschafterversammlung der GISE mbH werden angewiesen, für die Prüfung des Jahresabschlusses 2006 die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Anochin, Roters & Kollegen GmbH & Co. KG, zum Abschlussprüfer zu bestellen.

- 6.4. Öffentliche Auslegung des Entwurfs der 2. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 353-1 "Wanzleber Chaussee / Königstraße" (Birngarten) DS0047/07
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
-

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nimmt kritisch zur Drucksache DS0047/07 Stellung und bezeichnet das gewählte Verfahren als nicht rechtskonform.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1499-51(IV)07

1. Der Entwurf der 2. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 353-1 "Wanzleber Chaussee / Königstraße" (Birngarten) und die Begründung werden in der vorliegenden Form gebilligt. Es wurde eine Umweltprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt. Gemäß § 2a BauGB wurde ein Umweltbericht als gesonderter Bestandteil der Begründung erstellt.

2. Der Entwurf der 2. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 353-1 "Wanzleber Chaussee / Königstraße" (Birngarten) und die Begründung sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

3. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sind ortsüblich bekannt zu machen. Die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 3 Abs. 2 Satz 3 BauGB über die öffentliche Auslegung zu benachrichtigen.

6.5. Änderung Geltungsbereich und öffentliche Auslegung des Entwurfs zum vorhabenbezogenen B-Plan Nr. 126-2.1 "Betriebshof Abfallwirtschaftsbetrieb Marschweg 33 / Rothenseer Straße 77" DS0065/07

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse UwE, StBV und der BA SAB empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1500-51(IV)07

1. Der vom Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg am 04.05.06 gefasste Beschluss (Beschluss-Nr. 991-33(IV)06) zur Einleitung des Satzungsverfahrens zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 126-2.1 „Betriebshof Abfallwirtschaftsbetrieb Marschweg 33/ Rothenseer Straße 33“ wird in seinem Geltungsbereich geändert.

Der Geltungsbereich (alles Flur 275) wird im Osten erweitert und wird nunmehr umgrenzt:

- im Norden: von der Nordgrenze des Flurstückes 71,
- im Westen: von der Westgrenze der Flurstücke 71, 72, 73, 74, 75, 1140/76, 1141/76, 1142/77, 78, von der Nordgrenze des Flurstückes 116 und deren westlicher Verlängerung bis zur Westseite der Rothenseer Straße, von der Westseite der Rothenseer Straße, von der Nordseite der Flurstücke 10014, 1567/118 und von der Nord- und Ostgrenze des Flurstückes 10013,
- im Süden: von der Südgrenze des Flurstückes 10012 und der West- und Südgrenze des Flurstückes 82,
- im Osten: von der Westgrenze des Marschweges (Flurstück 1913) sowie von einem 9,25 m breiten Streifen, welcher über die Grundstücke 1827/54 und 26 bis zur Ohrestraße verläuft überwiegend auf der derzeitigen Verkehrsfläche.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, dargestellt.

Die frühzeitige Bürgerbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB zur Plangebietsänderung erfolgt nach ortsüblicher Bekanntmachung durch 14-tägige Offenlegung des geänderten Geltungsbereich, begleitet durch Sprechstunden während der Dienstzeiten des Stadtplanungsamtes.

2. Der Entwurf zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 126-2.1 „Betriebshof Abfallwirtschaftsbetrieb Marschweg 33/ Rothenseer Straße 77“ und die Begründung werden in der vorliegenden Form gebilligt.
Eine Umweltprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB wurde durchgeführt und ist gemäß § 2a BauGB Bestandteil der Begründung.
3. Der Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 126-2.1 „Betriebshof Abfallwirtschaftsbetrieb Marschweg 33/ Rothenseer Straße 77“ und die Begründung sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.
Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sind ortsüblich bekannt zu machen. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass ein Antrag nach § 47 Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätete geltend gemacht wurden.
4. Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 3 Abs. 2 Satz 3 über die öffentliche Auslegung zu benachrichtigen.

6.6.	Einleitung der 12. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der Landeshauptstadt Magdeburg - Gemeinsames Industrie- und Gewerbegebiet mit der Gemeinde Sülzetal	DS0090/07
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	

Die Ausschüsse UwE, StBV und RWB empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1501-51(IV)07

1. Für das Gebiet, das umgrenzt wird:
Im Norden: durch die Wanzleber Chaussee (L 50) beginnend an der westlichen Gemarkungsgrenze der Landeshauptstadt Magdeburg

Im Osten: durch die Osterweddinger Chaussee bis zur Kreuzung mit dem Magdeburger Ring / der B 81, entlang der B 81 bis zur Ausfahrt Salbker Chaussee, entlang der Salbker Chaussee bis zum Schnittpunkt mit dem großen Wiesengraben, entlang des Großen Wiesengrabens und der westlichen Grenze der Erweiterungsfläche des Flughafens und weiter bis zur südlichen Gemarkungsgrenze

Im Süden: durch die südliche Gemarkungsgrenze der Landeshauptstadt Magdeburg

Im Westen: durch die westliche Gemarkungsgrenze der Landeshauptstadt Magdeburg soll die 12. Änderung des Flächennutzungsplanes durchgeführt werden.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der ein Bestandteil des Beschlusses ist, dargestellt.

2. Ziel des Änderungsverfahrens ist es, gewerblichen Bauflächen sowie Flächen zum Ausgleich von Eingriffen in Natur und Landschaft darzustellen, ihre Auswirkungen im städtebaulichen Kontext zu untersuchen und somit die Voraussetzungen für die Entwicklung eines gemeinsamen Industrie- und Gewerbegebietes mit der Gemeinde Sülzetal zu schaffen (vergl. Beschlussvorlage DS0369/06).
3. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB soll nach ortsüblicher Bekanntmachung gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB durch 14-tägige Offenlegung des Beschlusses, begleitet durch Sprechstunden im Stadtplanungsamt Magdeburg, sowie durch eine Bürgerversammlung erfolgen.
4. Die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Abs. 1 BauGB an dem Verfahren zu beteiligen.
5. Die Stadtratsbeschlüsse:
 Nr. 971-23(III)00 vom 30.11.2000 "Einleitungsbeschluss zur 1. Änderung des Flächennutzungsplanes (F-Plan) der Landeshauptstadt Magdeburg" und
 Nr. 1236-32(III)01 "1. Änderung des Flächennutzungsplanes (F-Plan) der Landeshauptstadt Magdeburg:
 • Behandlung der Anregungen und Hinweise
 • Feststellungsbeschluss
 werden aufgehoben.

6.7. Geltungsbereichsänderung und Änderung der Planziele des Aufstellungsbeschlusses zum B-Plan Nr. 341-2 "Brenneckestraße West" DS0137/07

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1502-51(IV)07

1. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 341-2 "Brenneckestraße West" wird geändert. Das Bebauungsplangebiet wird nunmehr wie folgt umgrenzt:

-im Norden durch die Südgrenze der Halberstädter Straße / Halberstädter Chaussee, die Ostgrenze der Braunlager Straße, die Nordgrenze des Walmbergsweges, die Westgrenze der Salzmannstraße und die Nordgrenze des Flurstücks 10005 (Flur 354),

-im Osten durch den Bebauungsplan Nr. 341-1 "Straßenbau Brenneckestraße",

-im Süden durch die Nordgrenze der Brenneckestraße, die Westgrenze der Blankenburger Straße, die Südgrenzen der Flurstücke 6004/1, 10164, 10213, 6004/2 und 6004/3 (Flur 354), die Ostgrenze der Kleingartenanlage "Kleiner Harz" (Flurstück 6001 (Flur 354), die Nordgrenzen der Flurstücke 4074 (Flur 364), 831 und 10065 (Flur 603) (Nordgrenze Fahrbahn Brenneckestraße),

-im Westen durch die Ostgrenze des Flurstücks 10065 (Flur 603)

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der einen Bestandteil des Beschlusses bildet, dargestellt.

2. Der Bebauungsplan wird aus dem Flächennutzungsplan entwickelt.

Planziele sind die Ausweisung eines Mischgebietes und Regelungen zum Einzelhandel unter Berücksichtigung des Märktekonzepts in Anwendung von § 9 Abs. 2a BauGB. Der Bebauungsplan wird im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB erstellt.

3. Von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs.1 BauGB wird abgesehen. Die Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgt durch die Auslegung der Planung gem. § 3 Abs. 2 BauGB.

Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB hat nach ortsüblicher Bekanntmachung, gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB, durch 14-tägige Offenlegung der Planungsabsichten, begleitet durch Sprechstunden während der Dienstzeiten im Stadtplanungsamt Magdeburg, An der Steinkuhle 6, und durch eine öffentliche Versammlung zu erfolgen.

6.8. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 349-2 "Am Jungfernberg" DS0146/07

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse UwE, StBV und RWB empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1503-51(IV)07

1. Gemäß § 1 Abs. 3 Satz 1 und § 2 Abs. 1 Satz 1 BauGB soll für das Gebiet, welches umgrenzt wird:

- im Norden: durch die südliche Grenze der Bundesautobahn A 14
- im Osten: durch die westliche Grenze der Bundesautobahn A 14
- im Süden: durch die südliche Gemarkungsgrenze der Landeshauptstadt Magdeburg
- Westen: durch die östliche Grenze der Bundesstraße B 81

ein Bebauungsplan aufgestellt werden.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, welcher Bestandteil dieses Beschlusses ist, dargestellt.

2. Ziel des Bebauungsplanes ist die Ausweisung eines Industriegebietes.

Die Aufstellung des Bebauungsplanes erfolgt im Parallelverfahren gemäß §8 Abs. 3 BauGB. Der Bebauungsplan liegt im Geltungsbereich der 12. Änderung des Flächennutzungsplanes. Die Einleitung des 12. Änderungsverfahrens erfolgt mit Beschluss des Stadtrates in gleicher Sitzung (vergl. DS 0090/07). Für den Bereich des Bebauungsplanes wird im Flächennutzungsplan die Darstellung einer gewerblichen Baufläche angestrebt.

3. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB soll nach ortsüblicher Bekanntmachung durch 14-tägige Offenlegung des Aufstellungsbeschlusses, begleitet durch Sprechstunden während der Dienstzeiten, im Stadtplanungsamt Magdeburg und durch eine Bürgerversammlung erfolgen.

7. Einwohnerfragestunde

Gemäß § 27 Abs. 2 der Gemeindeordnung LSA führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.

Es wurden seitens der Einwohner keine Fragen gestellt.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge übernimmt die Sitzungsleitung.

8. Anfragen an die Verwaltung

8.1. Schriftliche Anfrage (F0132/07) des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

aus den Medien wurde der Großteil der Mitglieder des Magdeburger Stadtrates über die aktuellen Entwicklungen bzgl. der vertraglichen Verbindungen zwischen der MVGM und der Intamin-GmbH informiert. Bereits im Vorfeld der Berichterstattung wurde mehrfach, durchaus kritisch, über das Geschäftsgebaren der MVGM in der Öffentlichkeit berichtet. Aus Sicht der CDU-Ratsfraktion besteht daher die dringende Notwendigkeit, den Stadtrat in seiner Gesamtheit über die aktuellen Entwicklungen in der MVGM zu informieren, und dies nicht nur in Form von Presseberichten.

Daher stelle ich Ihnen folgende Fragen:

1. Wie ist der aktuelle Sachstand bzgl. der Rechtsstreitigkeiten zwischen MVGM und Intamin?
2. Was passiert mit der Panoramabahn und der Sommerodelbahn, wenn sich die Intamin GmbH aus Magdeburg zurückzieht?
3. Welche Anstrengungen gab es von Seiten der Stadtverwaltung, insbesondere vom Dezernat III, zum Verbleib des Unternehmens Intamin am Standort Magdeburg?
4. Wie ist der aktuelle Sachstand zu den veröffentlichten Ausbauplänen der MVGM im Messegeschäft, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung des Messestandortes Magdeburg in den vergangenen Jahren?
5. Welche Möglichkeiten sieht die Landeshauptstadt Magdeburg als Hauptgesellschafter der MVGM zur Verbesserung der Außenwirkung des Unternehmens?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung bitten wir um eine schriftliche Stellungnahme.

Sollten die Fragen nur in nichtöffentlicher Sitzung zu beantworten sein, bitten wir dies entsprechend zu tun.

Antwort des Beigeordneten für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Herrn Dr. Puchta:

Herr Dr. Puchta führt in Beantwortung der Anfrage aus, dass dem Aufsichtsrat die Problematik bekannt ist und geht im Weiteren auf die inhaltliche Komplexität des bestehenden Pachtvertrages zwischen der MVGM und der Intamin-GmbH sowie der Pachtverträge für die Rodelbahn und die Betreibung der BUGA-Bahn ein. Bezugnehmend auf die vertraglichen Regelungen bezüglich der Betreibung einer gastronomischen Einrichtung erläutert er die Zusammenhänge hinsichtlich der Kündigung des Pachtvertrages und des in diesem Zusammenhang geführten Rechtsstreites zur

Anerkennung der Rechtmäßigkeit der Kündigung. Insbesondere verweist er darauf, dass seitens des Landgerichtes der MVGM die Rechtmäßigkeit der Kündigung des Pachtvertrages bestätigt wurde. Hierzu wurde seitens der Intamin-GmbH angekündigt, gegen die Entscheidung in Berufung zu gehen.

Bezüglich der Nachfrage zur weiteren Betreuung der Panoramabahn verweist Herr Dr. Puchta auf den bestehenden Pachtvertrag, welcher durch die Intamin-GmbH auch weiterhin zu erfüllen ist und legt dar, dass aus seiner Sicht hinsichtlich der Betreuung sowohl der Panoramabahn als auch der BUGA-Bahn keine Probleme gesehen werden.

Im Weiteren informiert er über die in der Vergangenheit stattgefundenen Kontakte und geführten Gespräche seines Dezernates unter Einbeziehung der IHK mit der Intamin-GmbH zur Lösung der Problematik. Insbesondere verweist er dabei auf das unterbreitete Angebot an die GmbH, bei der Suche nach einem neuen Grundstück für die Betreuung einer gastronomischen Einsicht Hilfe und Unterstützung zu leisten. Das Angebot wurde seitens der Intamin-GmbH zur Kenntnis genommen, bisher liegt jedoch noch keine Reaktion dazu vor.

Hinsichtlich der Außenwirkung der MVGM informiert er, dass dies Thema der Beratung im Aufsichtsrat der Gesellschaft war. Im Ergebnis der Beratung wurde die Festlegung getroffen, dass seitens der städtischen Gesellschaft, welche mit öffentlichem Eigentum arbeitet, die erforderliche Informationspolitik zukünftig noch offensiver und transparenter gestaltet werden muss und wird.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansorge wird die ausreichende mündliche Beantwortung der Anfrage durch den Anfragesteller bestätigt.

8.2 Schriftliche Anfrage (F0121/07) des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

mit Antrag A0043/03 (Beschluss-Nr. 2733-74(III)03) der CDU-Ratsfraktion wurde u.a. die Aufnahme einer Städtepartnerschaft mit einer polnischen Stadt beantragt. Gemäß Stadtratsbeschluss zur Drucksache DS0292/06 wurden mit der polnischen Stadt Radom entsprechende Kontakte zum Abschluss einer solchen aufgenommen.

Am 25. und 26 Juni dieses Jahres findet passend zu dieser Thematik die VII. Deutsch-Polnische Kommunalkonferenz statt. Im Zusammenhang mit den bereits unternommenen Anstrengungen wäre die Teilnahme an dieser Veranstaltung von Seiten Radoms und Magdeburgs sicher sehr zu begrüßen.

Daher stellen wir Ihnen folgende Fragen:

1. Nehmen Vertreter Magdeburgs an der VII. Deutsch-Polnischen-Kommunalkonferenz in Gdansk/Danzig teil?
2. Wenn nein, warum nicht?

Neben einer mündlichen Beantwortung bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.3 Schriftliche Anfrage F0133/07 des Stadtrates Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. Auf welche Höhe belaufen sich die durchschnittlichen Elternbeiträge für die Inanspruchnahme von Verpflegungsleistungen in Kindertageseinrichtungen in der LH Magdeburg (wenn möglich, aufgeschlüsselt in Frühstück, Mittag, Vesper)?
2. Gibt es hierbei möglicherweise trägerbezogen auffällige Schwankungen in der Preisgestaltung sowie Qualität der Essensversorgung, insbesondere im Hinblick auf eine gesunde und kindgerechte Vollwertkost?
3. Würde geregelt, dass die Bereitstellung einer kindgerechten Mittagsmahlzeit in den Einrichtungen für die Eltern, deren Kinder unter den Kostenübernahmeerlass nach § 90 KJHG fallen, kostenlos zu erfolgen habe, mit welchen Mehrausgaben müsste gerechnet werden?

Ich bitte um kurze mündliche und eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker:

Frau Bröcker führt aus, dass zur Frage der durchschnittlichen Elternbeiträge bzw. möglicher Schwankungen der Preisgestaltung und Qualität der Essensversorgung keine Daten vorliegen, da diese Regelungen zur Essensversorgung zwischen jeder einzelnen Einrichtung und dem Essensanbieter erfolgt. Auf Grund der unterschiedlichen Vertragsregelungen müsste zur Beantwortung dieser Nachfragen in allen Einrichtungen eine Umfrage durchgeführt werden, um den aktuellen Sachstand in Erfahrung zu bringen. Insofern ist auch eine Beantwortung der Nachfrage zu Mehrkosten auf Grund einer kostenlosen Bereitstellung einer Mittagsmahlzeit in bestimmten Fällen nicht möglich, da dies mit dieser Erhebung im Zusammenhang steht. Sie verweist jedoch darauf, dass diese Kostenübernahme dann keine Frage des KJHG sondern eine Frage der Grundsicherung wäre.

Nachfrage des Stadtrates Müller:

Ich will gewiss dem Aufwand Beachtung schenken, den diese Abfrage der Versorgungsleistungen in den einzelnen KiTas nach sich ziehen würde. Das will ich keinesfalls verursachen, aber vielleicht wäre es ja möglich, unter den größten Trägern, die ein gewisses Maß an Kitas betreuen, eine Auswahl zu treffen und hier ganz einfach eine Abfrage zu leisten, denn es existieren ja auch Landesprogramme oder haben existiert, die sich mit einem dann gesunden Ernährungsprogramm in KiTas befassen. Hier muss es ja auch durchaus eine messbare Grundlage geben. Es würde mich ganz einfach interessieren, auch im Zusammenhang eines Antrages, der unlängst von der SPD gestellt worden ist, der sich mit der Essensversorgung oder der Ernährung in den Schulen befasst hat. Ich sehe hier schon einen Zusammenhang. Und auch dieses Anfrage oder die Stellungnahme dazu fand ja nicht den positiven Widerhall. Vielleicht ist es Ihnen möglich, auch wenn es sozusagen Ihren Aufgabenkreis ein Stück weit überschreitet, doch mal dranzubleiben.

Die Beigeordnete Frau Bröcker betätigt auf Nachfrage des Vorsitzenden des Stadtrates diese Thematik seitens ihres Dezernates prüfen zu lassen.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansorge wird die ausreichende mündliche Beantwortung der Anfrage durch den Anfragesteller bestätigt.

8.4 Schriftliche Anfrage F0136/07 des Stadtrates Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

vor noch gar nicht allzu langer Zeit wurde der „Gewerbepark Fuchsberg“ als wegweisender Nahversorger mit einem Branchen-Mix aus mehreren Geschäften und Lokalen feierlich eröffnet. Nun nach kaum zehnjähriger Betriebszeit droht er dasselbe Schicksal des nur wenige Meter entfernt befindlichen „Kristallpalastes“ zu teilen und sehenden Auges jämmerlich dem Verfall preisgegeben zu sein – ein unhaltbarer Zustand!

Ich frage Sie, Herr Oberbürgermeister:

Ist die Verkehrssicherheit des Gebäudes - insbesondere im Hinblick auf die zum Teil lose baumelnden Werbeschriftzüge, die von scheinbar besseren Zeiten künden sowie umfallen zu drohenden Laternen - aktuell gegeben und wie wird sie gewährleistet? Gleiches gilt es für die Sicherung der Eingänge zu fragen?

Ist das Objekt in der Vergangenheit Zielort von Straftaten wie Einbrüchen und Vandalismus gewesen?

In wessen Aufsichtspflicht und Baulastträgerschaft befinden sich der unmittelbar daneben befindliche Parkplatz sowie die das Gebäude insgesamt umgebenden Pkw-Stellflächen? Wer ist für die (Grün)Pfleger, Beleuchtung, Abfallberäumung/Papierkorbentleerung etc. zuständig?

Was hat die Landeshauptstadt bislang getan bzw. gedenkt weiterhin zu tun, um diesem zurzeit leider mehr als bedauerlichen Schandfleck wirksam zu begegnen? Welche Zukunftsperspektive gibt es aus städteplanerische Sicht an dieser Stelle?

Ich bitte um kurze mündliche und eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Marx:

Der Beigeordnete Herr Marx informiert, dass seitens des Bauordnungsamtes hinsichtlich der Gebäude des Gewerbeparkes keine Bedenken hinsichtlich der Standsicherheit vorliegen. Bezüglich der Frage der Pkw-Stellflächen wird seitens des Tiefbauamtes die entsprechende Prüfung durchgeführt.

Ergänzende Antwort des Beigeordneten für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Herrn Dr. Puchta:

Herr Dr. Puchta informiert, dass das Gelände des Gewerbeparkes einschließlich Parkplatz in Privateigentum ist. Hinsichtlich vorgelegter Vermarktungskonzepte sowohl des Eigentümers als auch von einer beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft führt er aus, dass diese trotz Unterstützung seines Dezernates bisher noch nicht zum Tragen gekommen sind. Ebenfalls liegt hinsichtlich der Auskunft des Eigentümers bezüglich eines möglichen Käufers keine definitive Bestätigung vor. Er sagt zu, nach Vollzug des geplanten Verkaufes den Stadtrat zu informieren. Abschließend legt er dar, dass gemeinsam mit dem Baudezernat das Angebot unterbreitet wurde, für eine perspektivische Nutzung städteplanerische und bauordnungsrechtliche Unterstützung zu leisten.

Die ausführliche Beantwortung erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.5 Schriftliche Anfrage (F0124/07) des Stadtrates Lischka, SPD-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Volksstimme berichtete am 29. Mai 2007 über die Anbringung einer Werbetafel an einer Hausfassade. In diesem Fall habe der Versicherungskaufmann für die Anbringung der Werbetafel eine Baugenehmigung beantragt und erhalten. Nach einiger Zeit meldete sich das Ordnungsamt. Die Anbringung der Werbetafel sei als Sondernutzung erlaubnis- und gebührenpflichtig.

Im Sinne einer bürgerfreundlichen Verwaltung sollten diejenigen, die bei der Stadt eine Baugenehmigung für die Anbringung von Werbetafeln u.ä. beantragen, auf die Erlaubnispflichtigkeit nach der Sondernutzungssatzung der Stadt hingewiesen werden.

In diesem Zusammenhang ergeben sich für mich folgende Fragen:

1. In welcher Art und Weise arbeiten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung ressortübergreifend zusammen?
2. Gibt es für diejenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Bürgerinnen und Bürgern Auskünfte erteilen eine Handreichung, um den antragstellenden Bürger umfassend über Erlaubnisvorbehalte und Gebührenpflichten in Zusammenhang mit Bauvorhaben zu informieren? Ist eine solche Information und Handreichung auch für den interessierten Bürger einsehbar?

Ich bitte um die Beantwortung der Fragen nach § 8 der Geschäftsordnung.
Mit einer schriftlichen Beantwortung erkläre ich mich einverstanden.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Marx:

In Beantwortung der Anfrage bestätigt Herr Marx die Genehmigungspflicht der benannten Werbetafel. Er verweist auf immer wieder auftretende Probleme hinsichtlich genehmigungspflichtiger Sondernutzung auf Grund von Vorbehalten aus dem Naturschutzrecht und Wasserrecht im Zusammenhang mit genehmigungsfreien Vorhaben in Außenbereichen. Hierzu legt er seine Vorstellung dar, entsprechende Informationen im Rahmen einer Bauhandfibel zusammenzufassen und den Bauherren zur Verfügung zu stellen.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansorge wird die ausreichende mündliche Beantwortung der Anfrage durch den Anfragesteller bestätigt.

8.6 Schriftliche Anfrage (F0130/07) des Stadtrates Franke, FDP-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Februar vergangenen Jahres hat der Stadtrat den FDP-Antrag A0011/06 "Abiturjahrgänge 2007" unverändert beschlossen.

Ich bitte Sie um die mündliche und ggf. ergänzende schriftliche Beantwortung über den Erfüllungsstand des Antrages.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.7 Schriftliche Anfrage (F0129/07) des Stadtrates Franke, FDP-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in seiner Sitzung am 16. Oktober 2006 hat der Stadtrat den Antrag der Ratsfraktion der FDP A0039/06 beschlossen (Beschluss-Nr. 1202-39(IV)06), nachdem ein Verkehrskonzept vorgelegt wird, "aus dem hervorgeht, wie dem erhöhten Verkehrsaufkommen Rechnung getragen wird, das zu erwarten ist, wenn in dem bald fertig gestellten neuen Magdeburger Fußballstadion Großveranstaltungen stattfinden".

In der Stadtratssitzung 15. Februar 2007 antworteten Sie auf meine Nachfrage (F0018/07), wann das Konzept vorgelegt wird, dass dies in den nächsten 14 Tagen erfolgen solle.

Da dieser von Ihnen benannte Zeitrahmen deutlich überschritten ist, gestatte ich mir erneut die Anfrage, wann das Konzept vorgelegt wird?

Ich bitte um die mündliche Beantwortung.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Der Oberbürgermeister informiert, dass das Verkehrskonzept seitens des Baudezernates erstellt wurde und in seiner nächsten Dienstberatung mit den Beigeordneten erläutert wird. Im Anschluss daran wird das Konzept den Stadträtinnen und Stadträten zur Verfügung gestellt.

Mit den Ausführungen des Oberbürgermeisters wird die Anfrage als beantwortet gesehen.

8.8 Schriftliche Anfrage (F0117/07) des Stadtrates Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in der Stadtratssitzung am 07.11.05 beauftragte der Stadtrat den Oberbürgermeister per Beschluss (Beschluss-Nr.685-23(IV)05) mehrheitlich, das Jugendamt anzuweisen, eine Homepage einzurichten, auf der die freien Kita-Platz-Kapazitäten im gesamten Stadtgebiet aufgezeigt werden sollten. Mit den freien Trägern, welche Kitas betreiben, sollten Gespräche aufgenommen werden, um eine kontinuierliche Aktualisierung der Angaben sicherzustellen.

Darüber hinaus sollte einmal monatlich eine aktuelle Veröffentlichung der aufgezeigten freien Kita-Plätze in den Bürgerbüros gewährleistet werden.

Derzeit sind kaum freie Krippenplätze zu bekommen. Wo sich diese gerade befinden und die Eltern damit ihren Rechtsanspruch verwirklichen können, ist nur schwer durchschaubar. Dies gilt inzwischen nicht nur für Stadtfeld, Reform und Sudenburg, sondern scheinbar für das gesamte Stadtgebiet. Teilweise existieren in Einrichtungen im Krippenbereich Wartelisten bis 2009.

Deshalb fragen wir an:

1. Ist dem Jugendamt bekannt, wie hoch die aktuelle freie Kapazität an Krippenplätzen ist. Wenn ja, in welchem Stadtgebiet und in welcher Anzahl es diese gibt?
2. Wie ist der Stand der Umsetzung des Beschlusses aus dem Jahr 2005? Wie weit ist die Entwicklung einer geeigneten Software durch die KID?

3. Wie weit ist die Bereitstellung einer Homepage mit CMS-Redaktionssystem für die Träger von Einrichtungen, um den Trägern auf freiwilliger Basis den Eltern eine bessere Übersicht zu gewährleisten und Anmeldungen zu erleichtern?
4. Ist die Stadt Magdeburg in Ihrer Kapazitätsplanung im Krippenbereich auf den derzeitigen „Babyboom“ vorbereitet bzw. gedenkt sie diese den neuen Erfordernissen kurzfristig anzupassen?

Um mündliche Beantwortung der Anfrage in der Stadtratssitzung am 07. 06.07 wird gebeten.

Antwort der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker:

Die Beigeordnete Frau Bröcker legt dar, dass diese Thematik bereits im Jugendhilfeausschuss schon mehrfach angesprochen und es zwar als sinnvoll erachtet wurde, über Software die Transparenz bei den KiTa-Plätzen zu erhöhen, die für die Umsetzung erforderlichen finanziellen Mittel im Jahr 2006 jedoch nicht eingestellt werden konnten. Im Weiteren macht sie Ausführungen zur Grundproblematik der offenen Kita-Plätze, die im Zusammenhang mit der zunehmenden Nachfrage zur Bereitstellung von Halbtagsplätzen und mangelnder Abstimmung zu vorliegenden Anmeldungen von Kitas untereinander zu sehen sind. Sie geht dabei auf die zu leistende Unterstützung des Jugendamtes bei der Erleichterung der Kitaplatzsuche ein und verweist darauf, dass der Einsatz einer entsprechenden Software erst dann erfolgen kann, wenn die Problematik z.B. der Wartelisten und der mangelnden Bereitschaft zur Bereitstellung von Halbtagsplätzen gelöst wurde.

Nachfrage Stadtrat Giefers:

Die erste Anfrage lautet ja: Ist der Stadtverwaltung bekannt, wo es freie Krippenplätze gibt und wie viele in welchen Stadtgebieten? Ich habe den Eindruck, dass es der Stadtverwaltung aus den von Ihnen geschilderten Gründen derzeit nicht klar ist, wo es freie Plätze gibt und dass da jeweils nachgefragt werden muss über Mitarbeiter. Ich denke, es ist ein Kernproblem, dem wir uns hier wirklich annehmen müssen. Es kann nicht sein, dass 170 Eltern pro Monat beim Jugendamt auflaufen müssen, die schon drei Einrichtungen aufgesucht haben. Das heißt, wie viele Wege dann schon gegangen wurden, um überhaupt erst einmal beim Jugendamt aufzulaufen. Das ist eine unhaltbare Situation. Ich denke auch, dass wir die Träger dahingehend begleiten sollten, diesen Weg zu gehen, weil es waren damals viele Versprechungen im Rahmen der Übertragung, dass alles viel flexibler, viel einfacher geht. Und jetzt wir die Situation haben, dass gerade Eltern, die kein Anspruch auf einen Ganztagsplatz haben im Krippenbereich, weil halt viele Plätze abgebaut wurden, ein anderer Betreuungsschlüssel ist, dass die nicht zum Zuge kommen. Ich denke, das ist unhaltbar und ich denke, es kann nicht daran scheitern, dass wir die Mittel nicht eingestellt haben. Die Homepage ist ja letztendlich auch nur bzw. das Programm eine Krücke gewesen. Es geht darum, eine Offenheit zu schaffen. Die scheint für die Stadtverwaltung genau so nötig zu sein, wie für die Eltern, wo freie Plätze sind und warum Eltern keine Plätze kriegen und andererseits aber, wenn man sich die Statistik anguckt, bis zu tausend Plätze im Stadtgebiet angeblich frei sein sollen, bloß keiner weiß, wo sie sind.

Ergänzende Antwort der Beigeordneten Frau Bröcker:

Frau Bröcker stimmt den Ausführungen des Stadtrates Giefers zu und versichert, dieses Problem auch abstellen zu wollen. Es muss gelöst werden, dass bei derzeit 1.800 noch zu belegenden Plätzen Eltern keinen freien Platz finden können. Dies ist aber nicht allein durch die Einführung einer entsprechenden Software möglich, sondern muss noch mit anderen Maßnahmen unteretzt werden.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansorge wird die ausreichende mündliche Beantwortung der Anfrage durch den Anfrager bestätigt.

8.9 Schriftliche Anfrage (F0118/07 des Stadtrates Dr. Kutschmann, Fraktion BfM):

Nach dem Auszug des Städtischen Klinikums aus dem Gebäude des ehemaligen Krankenhauses Altstadt entsteht in dem Gebiet eine neue Situation und es wird hinsichtlich der weiteren Nutzung dieses Areals Handlungsbedarf bestehen.

Deshalb fragen wir an:

1. Welche weitere Verwendung ist mit der vorhandenen Bausubstanz vorgesehen, sind unter der Beachtung des Denkmalschutz Abrissmaßnahmen geplant?
2. Gibt es hinsichtlich daraus folgender städtebaulicher Entwicklungen in dem Gebiet des ehemaligen Krankenhauses Altstadt – Max Otten Str. Pläne für den weitere Entwicklung in den Gebiet ?

Wir bitten vorab um kurze mündliche, nachfolgend jedoch um detaillierte schriftliche Beantwortung.

Antwort des Leiters FB02 i.V. BM Herrn Zimmermann:

Herr Zimmermann informiert, dass zum Altstädtischen Krankenhaus die Landeshauptstadt Magdeburg keinen Eigenbedarf geltend macht und dass es im Ergebnis einer im vergangenen Jahr durchgeführten Ausschreibung keinen ernsthaften Bewerber zum Erwerb der Immobilie, welche sich im Besitz des Städtischen Klinikums befindet, gab. Derzeit gibt es Bemühungen, für ein wiederholte Vermarktung eine Ausschreibung über ein Maklerbüro zu erstellen.

Hinsichtlich umsetzbarer Möglichkeiten in diesem Objekt führt Herr Zimmermann aus, dass hier alle Nutzungen, welche nach § 34 BauGB genehmigungsfähig sind, infrage kommen würden. So z.B. für medizinische, gewerbliche, kulturelle, soziale oder sportliche Zwecke.

Nachfrage Stadtrat Dr. Kutschmann:

Es geht mir auch um die weitere Gestaltung des ganzen Areals, denn ich denke, mit der anderen Nutzung, es wird ja wohl kein Krankenhaus oder keine medizinische Einrichtung mehr

hineinkommen, wird das auch möglicherweise eine ganz andere städtebauliche Sicht geben, die man in dem Gebiet haben muss, denn das Max-Otten-Straße-Gebiet ist kein Top-Gebiet, obwohl es eigentlich eine schöne Lage ist. Deshalb denke ich, muss man da planerisch nachdenken. Das war auch der Sinn der Frage.

Ergänzende Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Marx:

Der Beigeordnete Herr Marx stimmt der Auffassung des Stadtrates Dr. Kutschmann zu und informiert, dass bereits seit halben Jahr dieses Gebiet Max-Otten-Straße, Breiter Weg und Erzbergerstraße komplett städtebaulich neu überplant wird. Die bereits erarbeiteten ersten Entwürfe sollen demnächst im Ausschuss StBV vorgestellt werden.

Ergänzende Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Er verweist auf die Erforderlichkeit, zuerst die Immobilie zu vermarkten. Es besteht die Gefahr, dass auf Grund einer bereits vorliegenden Planung eine Vermarktung erschwert wird. Erst im Ergebnis der Vermarktung und dem Vorliegen einer zukünftigen Nutzung kann die endgültige städtebauliche Planung für dieses Gebiet vorgenommen werden.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansoerge wird die ausreichende mündliche Beantwortung der Anfrage durch den Anfragesteller bestätigt.

Die Antwort zur Anfrage F0102/07 – Kristallpalast – erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.10 Schriftliche Anfrage (F0122/07) der Stadträtin Szydzick, CDU-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

die EU-Kommission hat ein Förderprogramm zur Finanzierung von Projekten zur Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung aufgelegt. Projektthemen können u. a. aus den Bereichen häusliche Gewalt und Gewalt in Städten stammen. Daneben ist die Entwicklung wirksamer Strategien und Initiativen zur Verhütung von Radikalisierung und Gewaltbereitschaft besonders unter Jugendlichen ein Förderschwerpunkt. Die Kofinanzierung durch EU-Mittel beträgt bis zu 70% der förderfähigen Gesamtkosten. Auch Kommunen können Vorschläge einreichen. Die Frist zur Beantragung der entsprechenden Mittel endet am 16. Juli 2007.

Daher stelle ich folgende Fragen:

1. Hat die Landeshauptstadt Magdeburg bereits einen entsprechenden Förderantrag gestellt bzw. beabsichtigt sie dies noch vor dem Fristablauf zu tun?
2. Wenn kein Förderantrag gestellt wurde bzw. gestellt werden soll, warum nicht?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung, bitte ich um eine ausführlich schriftliche Stellungnahme.

Antwort der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker:

Die Beigeordnete Frau Bröcker legt dar, dass sich nach ihr vorliegenden Informationen das Förderprogramm der EU doch nicht so sehr an Kommunen richtet und informiert über das Ergebnis durchgeführter Recherchen hinsichtlich der Verfahrensweise zur Durchführung und inhaltlichen Aspekten des Projektes. Vordergründig konnten keine Ansätze für eine kommunale Beteiligung gefunden werden. Sie sagt zu, die Thematik nochmals zu prüfen, verweist aber darauf, dass, wenn eine internationale Zusammenarbeit vorausgesetzt wird, eine Beteiligung seitens der Landeshauptstadt Magdeburg nicht möglich ist.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansorge wird die ausreichende mündliche Beantwortung der Anfrage durch die Anfragestellerin bestätigt.

8.11 Schriftliche Anfrage (F0126/07) der Stadträtin Huhn, SPD-Fraktion:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in der Sitzung des Stadtrates am 12.4.2007 wurde die Fortschreibung des Feuerwehrkonzeptes (DS 546/06) beschlossen.

Ziel des Konzeptes ist auch, die Arbeitszeit der Berufsfeuerwehr europarechtskonform zu gestalten.

In diesem Zusammenhang ergeben sich für mich folgende Fragen:

1. Welche Folgen hat die europarechtskonforme Umsetzung auf das Dienstsysteem? Wie müsste das Dienstsysteem verändert werden, um europarechtskonform zu sein?
2. Welche Erfahrungen haben andere Kommunen (bundesweit) mit veränderten Dienssystemen?
3. Welche personellen und finanziellen Auswirkungen sind zu erwarten, wenn das bisherige 24h-Schichtsystem aufgegeben und durch ein 12h-Wechsel-Schichtsystem ersetzt würde? Gibt es hierzu bereits Erfahrungswerte anderer Kommunen?
4. Werden bei der Umstellung des Dienstsystems auch Kriterien der Familienfreundlichkeit des beabsichtigten Schichtsystems berücksichtigt?

Ich bitte um die Beantwortung der Fragen nach § 8 der Geschäftsordnung.

Mit einer schriftlichen Beantwortung erkläre ich mich einverstanden.

Antwort des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz:

Der Beigeordnete Herr Platz verweist in seinen umfassenden Ausführungen auf die Anerkennung der Arbeitszeitregelungen für die Berufsfeuerwehr in der Landeshauptstadt Magdeburg im Ergebnis eines Klageverfahrens auf der Grundlage der EU-Richtlinie und macht inhaltliche Erläuterungen zur Durchsetzung dieser Regelungen. Im Weiteren geht er auf die derzeit noch stattfindende Diskussion auch mit der Personalvertretung der Feuerwehr hinsichtlich der Durchführung des Schichtsystems ein und benennt dabei inhaltliche Punkte dieser Diskussion. Abschließend informiert er zum derzeitigen Sachstand, dass seitens des Landes die Überarbeitung der Arbeitszeitordnung vorgenommen wird. Diese soll im Juli 2007 veröffentlicht werden und zum 01. 01. 2008 in Kraft treten.

Die ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.12 Schriftliche Anfrage (F0131/07) des Stadtrates Dr. Schmidt, FDP-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in der jüngeren Vergangenheit wurde in den Medien über verstärkten Vandalismus auf Friedhöfen berichtet.

Ich bitte Sie um die mündliche und ggf. ergänzende schriftliche Beantwortung nachstehender Fragen, die ich in diesem Zusammenhang habe.

1. Ist es zutreffend, dass Vandalismus auf Friedhöfen wieder verstärkt zu verzeichnen ist?
2. Wenn ja, welche Formen des Vandalismus treten gehäuft auf?
3. Welche Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung, die ihr zugehörigen Friedhofsbetriebe vor Vandalismus zu schützen?
4. Gibt es Erfahrungen bei nicht städtischen Unternehmen, auf die ggf. zurückgegriffen werden kann?

Antwort des Leiters FB02 i.V. BM Herrn Zimmermann:

Herr Zimmermann legt in seinen Ausführungen dar, dass zumindest die städtischen Friedhöfe betreffend, nicht von einer Zunahme im Bereich des Vandalismus auf Friedhöfen gesprochen werden kann und unterlegt dies mit konkreten Zahlen.

Bezüglich Maßnahmen zur Eindämmung des Vandalismus verweist er auf Abstimmungen mit dem Stadtordnungsdienst zur Durchführung zusätzlicher Kontrollen und den Einsatz einer zusätzlichen ABM-Kraft im Stadtgarten- und Friedhofsbetrieb zur Unterstützung der Kontrollen.

Angaben zu Erfahrungen nicht städtischer Unternehmen liegen nicht vor, da hier bisher kein Erfahrungsaustausch erfolgte.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansorge wird die ausreichende mündliche Beantwortung der Anfrage durch den Anfragesteller bestätigt.

8.13 Schriftliche Anfrage (F0134/07) des Stadtrates Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

seit etwa einer Woche müssen ÖPNV-Nutzer, bedingt durch den Umbau der Kreuzung Breiter Weg / Ernst-Reuter-Allee erhebliche Umwege und Mehrzeiten bei den Straßenbahnfahrten in Kauf nehmen. Leider ist zu beobachten, dass sich die Straßenbahnen an einigen LSA-geregelten Kreuzungen unnötigerweise stauen, weil offensichtlich die Steuerung der LSA nicht auf die Bedürfnisse und Anforderungen des Umleitungsverkehrs eingestellt ist. Hier wäre Abhilfe durch bedarfsgerechte Steuerungen dringend nötig.

Wir fragen Sie deshalb:

Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, kurzfristig die Steuerung der betreffenden LSA (insbesondere Walter-Rathenau-Str./ Gustav-Adolf-Str. und im Zuge der Ernst-Reuter-Allee) bedarfsgerecht unter besonderer Berücksichtigung der Anforderungen des Straßenbahnverkehrs zu verändern?

Wir bitten um kurze mündliche und ggf. schriftliche Beantwortung.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Marx:
Herr Marx informiert, dass zu dieser Problematik wöchentlich Koordinationsbesprechungen stattfinden. Da ihm zu der konkret geschilderten Thematik noch keine konkreten Aussagen vorliegen, sagt er eine schriftlich Information zu.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.14 Schriftliche Anfrage (F0125/07) des Stadtrates Heendorf, CDU-Fraktion:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

im Rahmen der Haushaltskonsolidierung wird auch die Reduzierung der Kosten für Veröffentlichungen der Stadtverwaltung eingehend geprüft. In diesem Zusammenhang sei auch auf die Stellungnahme S0117/07 zum Thema Doppelvermarktung der Landeshauptstadt hingewiesen.

Daher möchte ich Ihnen heute folgende Fragen stellen:

1. Welche Kosten entstehen durch die Herstellung und Verteilung der Publikation „STADTPASS“, inkl. der Arbeitskosten der damit beschäftigten kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Stadt Magdeburg?
2. Wurde die Möglichkeit geprüft, durch verstärkte Werbung von Dritten im „STADTPASS“ die entstehenden Kosten für die Landeshauptstadt Magdeburg zu reduzieren?

Neben einer mündlichen Beantwortung bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.15 Schriftliche Anfrage (F0115/07) des Stadtrates Czogalla, SPD-Fraktion

Die für das vergangene Jahr 2006 vorgelegte Polizeiliche Kriminalitätsstatistik weist die Stadt Magdeburg mit rund 32.300 registrierten Straftaten und der auf 100.000 Einwohner bezogenen Häufigkeitszahl von 14.094 an siebenter Stelle aller Städte Deutschlands ab 100.000 Einwohner aus.

Dabei wird deutlich, dass die täglich aus der Presse zu entnehmenden Meldungen der Polizeireviere nur die Spitze des Eisbergs sind.

Ansichts der Tatsache, dass

1. der prozentuale Anteil der Tatverdächtigen unter 18 Jahren besonders hoch ist,
2. die Ausländerkriminalität ausgesprochen niedrig und dennoch
3. in Sachsen-Anhalt, und im besonderen Magdeburg unter den Städten aller Bundesländer eine der höchsten Häufigkeitszahlen aufweist,

ergeben sich in diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Welche Schlussfolgerungen werden im kriminalpräventiven Beirat aus der jährlichen Analyse der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik gezogen?
2. Wie wird der Gefahr entgegengewirkt, dass sich in der Stadt Bereiche mit besonderen sozialen Problemen und der Konzentration gesellschaftlicher Randgruppen entwickeln?
3. Welche konkreten Maßnahmen von Polizei und Stadtordnungsdienst werden als notwendig angesehen, um die Sicherheitslage zu verbessern und das Sicherheitsgefühl der Bürger zu stärken?
4. Auf welche Weise könnte, unter Beachtung der Bedingungen in Magdeburg, durch Anwendung konsequenter Maßnahmen, z.B. der "Nulltoleranzstrategie" als besondere Form der Kriminalprävention eine notwendige Reduzierung der Häufigkeitszahlen erzielt werden.

Ich bitte um schriftliche Beantwortung der gestellten Anfrage.

Antwort des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz:

In seinen Ausführungen verweist der Beigeordnete Herr Platz darauf, dass die Sicherheitslage in der Landeshauptstadt nicht als besorgniserregend anzusehen ist, zumal auch ein deutlicher Rückgang in der Häufigkeitszahl an Straftaten zu verzeichnen und die Landeshauptstadt, was die Kriminalstatistik anlangt, auch weiter im positiven Sinne zurückgefallen ist. Hinsichtlich der umfangreichen Fakten der Anfrage sagt er zu, diese schriftlich zu beantworten und unterbreitet den Vorschlag, die Problematik im Ausschuss KRB zu thematisieren und die Diskussion unter Einbeziehung von Vertretern der Polizeibehörde zu führen.

Die ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

9.1.	Sturmschäden - Katastrophenschutz	A0031/07
	Fraktion Die Linkspartei.PDS WV v. 15.02.07 i.V. mit TOP 10.3 - I0109/07	

Die Ausschüsse UwE und KRB empfehlen die Beschlussfassung.

Gemäß Antrag A0031/07 der Fraktion Die Linkspartei.PDS **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 1504-51(IV)07

1. Der OB wird beauftragt, dem Stadtrat baldmöglichst eine umfassende Analyse der Folgen des Unwetters vom 18.01.2007 im Verantwortungsbereich der Stadt und ihrer Eigenbetriebe sowie Unternehmen vorzulegen und Vorschläge zu unterbreiten, die gewährleisten, dass die Stadt Magdeburg auch zukünftig in der Lage ist, bei Katastrophensituationen die Daseinsvorsorge für die Einwohnerinnen und Einwohner aufrecht zu erhalten und größtmögliche Sicherheit im öffentlichen Raum zu gewährleisten.

2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob vor dem Hintergrund der Schäden an städtischen Gebäuden durch den Sturm die Entscheidung zur Aufkündigung der entsprechenden Versicherung zurückzunehmen ist.
3. Der Stadtrat bittet den Oberbürgermeister, mit den Geschäftsführern der städtischen Unternehmen und der Unternehmen mit städtischer Beteiligung darüber zu beraten, in welchem Bereich der Daseinsvorsorge aus Sicht der Stadt Verträge mit Versorgern und / oder Dienstleistern überprüft werden müssen, um bspw. den öffentlichen Personennahverkehr, die Nachrichtenverbindungen (Notrufe), die Medienversorgung (Strom, Heizung, Gas, Wasser, Abwasser), die öffentliche Sicherheit ... bei Sturm und anderen Katastrophen zu gewährleisten.

9.2. Parkmöglichkeiten Gesellschaftshaus

A0041/07

FDP - Fraktion
WV v. 15.03.07

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadträtin Paqué, FDP-Fraktion, begründet den Antrag A0041/07, dankt der Verwaltung für die vorliegende Stellungnahme S0067/07, sieht aber Bedenken bei der praktischen Umsetzung.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Marx informiert, dass der Parkplatz am Elbebahnhof zu 75 % ausgelastet ist.

In diesem Zusammenhang verweist Stadtrat Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS, auf seine Anfrage F0110/07 und auf die noch ausstehende Antwort.

Gemäß Antrag A0041/07 der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 1505-51(IV)07

1. Die zuständige Behörde trägt dafür Sorge, dass durch eine Ausschilderung ortsunkundige Gäste, die Parkmöglichkeiten in der Umgebung des Gesellschaftshauses suchen, zu den Parkplätzen in der Erich-Weinert-Straße und am Schleinufer geleitet werden.
2. Der Antrag wird im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beraten.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Stadtrat Westphal nimmt zu den Ausführungen des Stadtrates Bischoff, SPD-Fraktion, Stellung. Er spricht sich dafür aus, weiter an dieses Thema zu arbeiten.

Stadtrat Dr. Hildebrand, Fraktion Die Linkspartei.PDS, beantragt die punktuelle Abstimmung.

Stadtrat Dr. Schmidt, FDP-Fraktion, hält den Antrag A0091/07 in der Sache, einen Hauptstadtvertrag herbeizuführen, für nicht dienlich. Er spricht sich dafür aus, auch auf die Bedürfnisse des Landes einzugehen und zielbringende Gespräche zu führen.

Stadtrat Salzborn, CDU-Fraktion, begrüßt die sich im Umlauf befindliche Drucksache zum Hauptstadtvertrag und hält diese als Gesprächsbasis für dienlich.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann spricht sich für eine diplomatische Vorgehensweise aus.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper nimmt zur Thematik Stellung und verweist darauf, dass er seit 6 Jahren Gespräche mit dem Land bezüglich des Abschlusses eines Hauptstadtvertrages führt, diese aber immer negativ verlaufen sind. Er empfiehlt, den Antrag A0091/07 abzulehnen und den Hauptstadtvertrag in die Endfassung zu bringen.

Stadtrat Grünert, Fraktion Die Linkspartei.PDS, geht klarstellend auf das Abstimmungsprozedere und die weitere Vorgehensweise ein. Sein Vorschlag, im Beschlusstext das Wort „Entwurf“ zu formulieren, wird vom stellv. Vorsitzenden des Ausschusses FuG Stadtrat Dr. Hildebrand mitgetragen.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig, ohne Jastimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1506-51(IV)07

Der Punkt 1 des modifizierten Antrages A0091/07 des Ausschusses FuG –

1. Der Stadtratsbeschluss vom 15.02.2007 (Beschluss-Nr. 1381-45(IV)07) zum Antrag A0020/07 “Hauptstadtvertrag” wird aufgehoben. –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Jastimmen:

Beschluss-Nr. 1507-51(IV)07

Der Punkt 2 des modifizierten Antrages A0091/07 des Ausschusses FuG –

2. Die Umsetzungsfähigkeit des Entwurfes des Hauptstadtvertrages wird überprüft. –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig, ohne Jastimmen und Enthaltungen:

Der Punkt 3 des modifizierten Antrages A0091/07 des Ausschusses FuG -

3. Im Ergebnis der Überprüfung zur Umsetzungsfähigkeit des Entwurfes des Hauptstadtvertrages wird ggf. eine Modifizierung vorgenommen. -

wird **abgelehnt**.

9.5.	Familienfreundliche Museen	A0092/07
	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Antrag A0092/07 ein und bittet um Zustimmung.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0092/07 in den Ausschuss K – ein.

Stadträtin Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS, spricht sich gegen den GO-Antrag aus.

Der GO-Antrag des Vorsitzenden der CDU-Fraktion Stadtrat Stern – Überweisung des Antrages A0092/07 in den Ausschuss K – wird vom Stadtrat mit 23 Ja-, 23 Neinstimmen und 2 Enthaltungen **abgelehnt**.

Herr Prof. Dr. Puhle, in Vertretung des Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport, nimmt zum Antrag A0092/07 Stellung, äußert rechtliche Bedenken und plädiert dafür, es bei der jetzigen Regelung zu Gunsten der Sicherung der Exponate zu belassen.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mit 17 Ja- und 20 Neinstimmen:

Beschluss-Nr. 1508-51(IV)07

Der Antrag A0092/07 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen –
Zur weiteren Verbesserung der Familienfreundlichkeit der Magdeburger Museen ist zu prüfen, wie künftig der Besuch der Museen generell auch mit Kinderwagen ermöglicht werden kann. Ausnahmen sind zulässig, wenn die erwarteten Besucherzahlen oder begründete Bedenken für die Sicherheit der Exponate dies rechtfertigen.
Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Regelungen zu erlassen. –

wird **abgelehnt**.

- 9.6. Änderung des Verfahrens zur Wahl des Stadtschülerrates A0094/07
Fraktion future! - die jugendpartei
-

Der Vorsitzende der Fraktion future! – die jugendpartei Stadtrat Michael Stage bringt den Antrag A0094/07 ein und bittet um Zustimmung.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, versteht die Intention des Antrages A0094/07 nicht und legt seinen Standpunkt dar.

Stadträtin Dr. Hein, Fraktion Die Linkspartei.PDS, bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0094/07 in den Ausschuss BSS – ein.

Gemäß GO-Antrag der Stadträtin Dr. Hein **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0094/07 wird in den Ausschuss BSS überwiesen.

WV: SR-Sitzung 06.09.2007

Persönliche Erklärung des Vorsitzenden der Fraktion future! – die jugendpartei Stadtrat Michael Stage

Der Vorsitzende der Fraktion future – die jugendpartei Stadtrat Michael Stage gibt eine persönliche Erklärung ab. (**Anlage 2**)

- 9.7. Ordnung und Sicherheit bei Stadtratssitzungen A0093/07
CDU -Fraktion
-

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0093/07 in die Ausschüsse KRB und VW – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Brüning, Fraktion Die Linkspartei.PDS, **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0093/07 wird in die Ausschüsse KRB und VW überwiesen.

WV: SR-Sitzung 04.10.2007

9.8. Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit
CDU - Fraktion

A0100/07

Stadtrat Seifert, CDU-Fraktion, bringt den Antrag A0100/07 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0100/07 in den Ausschuss K – ein.

Die Vorsitzende des Ausschusses K Stadträtin Meinecke begründet umfassend ihre Ablehnung zum GO-Antrag und informiert, dass sich der Ausschuss K am 20.06.2007 mit der Thematik befassen wird.

Der GO-Antrag des Stadtrates Seifert, CDU-Fraktion – Überweisung des Antrages A0100/07 in den Ausschuss K – wird vom Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Jastimmen **abgelehnt**.

Stadtrat Seifert, CDU-Fraktion, wirbt nochmals für die Annahme des Antrages A0100/07.

Stadtrat Dr. Schmidt, Mitglied im Ausschuss K, macht ergänzende Ausführungen dahingehend, dass erst einmal geklärt werden muss, welche Aufgaben durch den Verein für die Stadt übernommen werden sollen.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning kann der Antragstellung nicht folgen und empfiehlt, diesen zurückzuziehen.

Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion future! – die jugendpartei argumentieren ebenfalls gegen den Antrag A0100/07.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Jastimmen:

Beschluss-Nr. 1509-51(IV)07

Der Antrag A0100/07 der CDU-Fraktion –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie dem Verein IG Altes Magdeburg e. V., Nikolaiplatz 7, 39124 Magdeburg, kostengünstig oder kostenfrei einen Raum im Moritzhof oder einer anderen soziokulturellen Einrichtung für die Dokumentierung über Magdeburg zur Verfügung gestellt werden kann. –

wird **abgelehnt**.

9.9. Magdeburger Recht A0101/07
 CDU - Fraktion

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0101/07 in den Ausschuss K – ein, der durch Stadtrat Dr. Schmidt, FDP-Fraktion, um den Ausschuss BSS ergänzt wird.

Gemäß erweiterten GO-Antrag des Vorsitzenden der CDU-Fraktion Stadtrat Stern **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0101/07 wird in die Ausschüsse K und BSS überwiesen.

WV: SR-Sitzung 04.10.2007

9.10. Aufwertung Ernst-Reuter-Allee A0097/07
 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Antrag A0097/07 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages in den Ausschuss StBV – ein, der durch den Vorsitzenden der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning um die Ausschüsse RWB und UwE ergänzt wird.

Stadtrat Czogalla, SPD-Fraktion, argumentiert umfassend gegen den Antrag A0097/07 und signalisiert im Namen seiner Fraktion die Ablehnung zum Antrag.

Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, spricht sich persönlich für die Annahme des Antrages A0097/07 aus.

Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, bezweifelt mit Verweis auf die Beschlussfassung zum Tunnelbau am Damaschkeplatz in seinen Ausführungen die Ernsthaftigkeit des Antrages A0097/07.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann und Stadtrat Walter Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS , schließen sich den Worten des Stadtrates Lischka, SPD-Fraktion, an.

Nach eingehender Diskussion bringt Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, den GO-Antrag – **Abbruch der Debatte** – ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal spricht sich gegen den GO-Antrag aus.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Schwenke, CDU-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Abbruch der Debatte.

Abschließend nimmt Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu den in der Diskussion gemachten Ausführungen Stellung.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Jastimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1510-51(IV)07

Der Antrag A0097/07 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen –

Zur Umsetzung des 1995 mit der DS 631/95-2 beschlossenen Verkehrskonzeptes Innenstadt wird die Ernst-Reuter-Allee im Abschnitt zwischen Otto-von-Guericke-Straße und Jakobstraße städtebaulich aufgewertet um den Durchgangsverkehr zurückzudrängen.

Hierzu sind einerseits die Abbiegebeziehungen auf der Ernst-Reuter-Allee von Westen kommend in die Otto-von-Guericke-Straße nach Norden und Süden zu stärken. Andererseits wird zur besseren Verknüpfung der Bereiche Karstadt/Alter Markt und Allee-Center/Ulrichshaus der Abschnitt zwischen Otto-von-Guericke-Straße und Jakobstraße mit einer Kfz-Spur je Richtung umgestaltet.

Frei werdende Flächen sind für verbesserte Rad- und Fußgängerquerungen, für die Ausweitung von Aufenthaltsbereichen vor Läden und Gaststätten, für die Einrichtung einer attraktiven Straßenbahnhaltestelle Weinarkaden sowie für zusätzliche innenstadtnahe Stellplätze zu nutzen. –

wird **abgelehnt**.

9.11. "CityBike" für Magdeburg

A0099/07

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bringt den Antrag A0099/07 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0099/07 in den Ausschuss RWB - ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Der Antrag A0099/07 wird in den Ausschuss RWB überwiesen.

WV: SR-Sitzung 04.10.2007

9.12. Mission Olympic
FDP - Fraktion

A0102/07

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Franke bringt den Antrag A0102/07 ein und bittet um Zustimmung.

Gemäß Antrag A0102/07 der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und zahlreichen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1511-51(IV)07

1. Der Oberbürgermeister wird gebeten, gemeinsam mit dem Stadtsportbund die Teilnahme der Landeshauptstadt am bundesweiten Städtewettbewerb „Mission Olympic – Gesucht wird Deutschlands aktivste Stadt“ der Coca-Cola Organisation und des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) zu prüfen und das Ergebnis dem Stadtrat in seiner Sitzung im Juli 2007 zur Kenntnis zu geben.
2. In Abhängigkeit vom Ergebnis entscheidet der Stadtrat in der Juli-Sitzung über eine Bewerbung (Bewerbungsschluss: 31. August 2007).

9.13. Namensgebung für Städtische Volkshochschule
FDP - Fraktion

A0103/07

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Franke bringt den Antrag A0103/07 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0103/07 in die Ausschüsse BSS und KRB – ein.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr spricht sich gegen den GO-Antrag und für eine Ablehnung des Antrages A0103/07 aus.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal und der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning sprechen sich für den GO-Antrag aus.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, spricht sich gegen den GO-Antrag aus.

Nach eingehender Diskussion wird der GO-Antrag des Vorsitzenden der FDP-Fraktion Stadtrat Franke – Überweisung des Antrages A0103/07 in die Ausschüsse BSS und KRB – vom Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Jastimmen und Enthaltungen **abgelehnt**.

Im Anschluss argumentiert Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, gegen den Antrag A0103/07 und verweist dabei auf die Tradition des jetzigen Namens der Volkshochschule.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal hält den Antrag A0103/07 für unschädlich und spricht sich für die Annahme aus.

Stadträtin Huhn, SPD-Fraktion, plädiert ebenfalls für eine Ablehnung des Antrages A0103/07.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Franke begründet nochmals die Antragstellung und kann den ablehnenden Argumenten nicht folgen.

Stadtrat Balzer, SPD-Fraktion, bringt den GO-Antrag – **Abbruch der Debatte** – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Balzer, SPD-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Abbruch der Debatte.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Jastimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1512-51(IV)07

Der Antrag A0103/07 der FDP-Fraktion –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat einen geeigneten Namen für die Volkshochschule vorzuschlagen, der mit Beginn des Herbstsemesters 2007 vergeben werden kann.

In das Vorschlagsverfahren soll die Magdeburger Bevölkerung mit Hilfe der einschlägigen Medien einbezogen werden. –

wird **abgelehnt**.

9.14.	Neuordnung der Verkehrsführung vor Sudenburger Postpartnerfiliale SR Oliver Müller Fraktion Die Linkspartei.PDS	A0104/07
-------	--	----------

Stadtrat Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS , bringt den Antrag A0104/07 ein und bittet um Zustimmung.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0104/07 in den Ausschuss StBV – ein.

Gemäß GO-Antrag des Vorsitzenden der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0104/07 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

WV: SR-Sitzung 06.09.2007

10. Informationsvorlagen

10.1.	Ergebnis der Evaluierung von Betreuungsangeboten für einkommensschwache Menschen (Suppenküchen, Möbellager, Kleiderkammer etc.)	I0070/07
	WV v. 10.05.07	

Stadtrat Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS , legt seinen Standpunkt zur vorliegenden Informationsvorlage I0070/07 dar und hebt dabei u.a. deren Wichtigkeit hervor. Er bringt zum Ausdruck, dass seine Fraktion sich eine zeitnahe Einbindung bei der Neuausrichtung des Betreuungsangebotes für einkommensschwache Menschen gewünscht hätte. In seinen weiteren Ausführungen bedauert Stadtrat Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS, dass es für die Benutzung des Magdeburg-Passes unterschiedliche Regelungen beispielsweise im Hinblick auf die Nutzung der Theater oder auch der Freibäder gibt und erachtet es als notwendig, für die Zukunft eine Vereinheitlichung herbeizuführen. Kritikwürdig findet Stadtrat Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS , auch die langen Wartezeiten bei der Terminvergabe im Jobcenter ARGE. Abschließend lobt er die Verwaltung für den vorliegenden Bericht und spricht sich dafür aus, diesen fortzuschreiben und darüber im Stadtrat zu debattieren.

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, sieht heute keine Möglichkeit, eine inhaltliche Aussprache zur I0070/07 zu führen. Er spricht sich dafür aus, dass dieses Thema künftig in den Fachausschüssen begleitet wird.

Die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker nimmt zu den Ausführungen des Stadtrates Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS , Stellung und merkt bezüglich der Nachfrage des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Stand der Gespräche mit den Trägern an, dass die Stadt nur dann die Leistungskriterien aufstellen kann, wenn sie auch fördert. Aufgrund der Haushaltssperre war eine Förderung allerdings nicht möglich, dementsprechend konnten auch keine Gespräche mit den Trägern geführt werden. Frau Bröcker informiert, dass die Neuausrichtung in Richtung Hilfe zur Selbsthilfe geht. Abschließend verweist sie auf ein Gespräch am 08.06.07 mit der ARGE, wo die Problematik Terminvergabe im Jobcenter aufgegriffen wird.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning hebt noch einmal die Wichtigkeit dieser Thematik hervor und geht kritisch auf einzelne Aspekte, wie z. B. zu den Handlungsstrategien und Handlungsempfehlungen in der Information I0070/07 ein.

10.2. Urteil zur Verwaltungsrechtssache Wahlanfechtung

I0104/07

Die schriftlich vorliegenden Informationen unter TOP 10.2 – 10.9 werden zur Kenntnis genommen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Jens Ansorge
Ignatuschtschenko
Vorsitzende/r

Silke Luther Dr. Anne
Schriftführer/in

Anwesend:

Abwesend

Bork, Jana
Krause, Bernd
Schuster, Frank
Siedentopf, Uta
Wübbenhorst, Beate

Vorsitzende/r

Ansorge, Jens

Mitglieder des Gremiums

Hildebrand, Jürgen Dr.
Balzer, Falko
Bischoff, Norbert
Boeck, Hugo
Bromberg, Hans-Dieter
Brüning, Hans-Werner
Canehl, Jürgen
Czogalla, Olaf
Danicke, Martin
Franke, Holger
Frömert, Regina
Giefers, Thorsten
Gripinski, Axel
Grünert, Gerald
Heendorf, Michael
Hein, Rosemarie Dr.
Heinemann, Klaus
Heinl, Gerhard
Herbst, Sören Ulrich
Heynemann, Bernd
Hoffmann, Martin
Huhn, Dagmar
Klein, Carsten
Kriese, Birgit
Kutschmann, Klaus Dr.
Lischka, Burkhard
Löhr, Rainer
Meinecke, Karin
Meinecke, Sven
Meinecke, Walter
Müller, Oliver
Paqué, Sabine
Reichel, Gerhard Dr.
Reppin, Bernd
Rink, Johannes
Salzborn, Hubert
Schindehütte, Gunter
Schmicker, Wolfgang

Schmidt, Kurt Dr.
Schoenberner, Hilmar
Schwenke, Wigbert
Seifert, Eberhard
Stage, Michael
Stage, Mirko
Stern, Reinhard
Szydzick, Claudia
Trümper, Lutz Dr.
Veil, Thomas
Wähnelt, Wolfgang
Westphal, Alfred
Zimmer, Gerd Dr.
Geschäftsführung
Ignatuschtschenko, Anne Dr.
Luther, Silke